

Mexiko

Notstand überwunden?

Der Aufschwung des Intrahandels in der NAFTA und des gesamten mexikanischen Außenhandels ging zeitlich einher mit einem dramatischen Absturz des BIP, den der Staatspräsident jetzt für überwunden erklärte. Das BIP-Wachstum im zweiten Quartal (7,2 %) überflügelte das Ausgangsniveau von 1994 deutlich. Dennoch bleiben Zweifel. Die Fundamentaldaten sprechen eine andere Sprache. Der aktuell beobachtbare Aufschwung wird dabei mit dem Tiefpunkt der jüngsten Entwicklung verglichen – immerhin der schlimmsten Krise seit 1932. Der Peso muß nach wie vor gestützt werden (insbesondere von den USA), und die Inflation von zuletzt 52 % läßt sich offenbar nicht so rasch drücken wie erwartet.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 5/96.

Ost- und Südostasien

Deutsches Außenhandelsdefizit deutlich kleiner

Der negative deutsche Außenhandelsaldo gegenüber den ost- und den südostasiatischen Staaten ging 1995 auf 15,4 Mrd. DM zurück (nach 19,2 Mrd. DM im Vorjahr). Damit konnte die Entwicklung des kontinuierlichen Abbaus der Einfuhrüberschüsse

fortgesetzt werden, die seit 1991 anhält. Der Anteil des Außenhandels mit dieser Region lag bei 11,7 % des gesamten deutschen Außenhandels. Die Gewichte der beiden Teilregionen verschoben sich weiter zugunsten des südostasiatischen Raumes (auf 23,7 %) bei anhaltender Dominanz Ostasiens (76,3 %). Bezeichnend ist die Tatsache, daß das Außenhandelsdefizit gegenüber Japan allein mit 16,3 Mrd. DM größer war als das Gesamtdefizit gegenüber den beiden Regionen.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 5/96.

Hongkong

Zwiespältige Erwartungen

Mitte 1997 wird Hongkong ins Mutterland heimkehren, als Sonderverwaltungszone zwar, aber eben doch als Teil des chinesischen Reiches. Die Erwartungen, die an dieses Datum geknüpft werden, sind zwiespältig, sowohl im Land selber als auch bei den Außenhandelspartnern. Befürchtungen werden gehegt, daß die politischen und die Bürgerfreiheiten abgebaut und die durch Austerität geprägte staatliche Wirtschaftspolitik Chinas auch auf Hongkong ausgedehnt werden wird. Der rigide Umgang mit der kritischen Intelligenz im Mutterland führte schon in der jetzigen Konstellation zu einem spürbaren Abzug des Nachwuchses (»brain drain«) aus Hongkong. Das nicht auszuschließende Aus-

bluten stellt vielleicht die größte Gefahr für die weitere Entwicklung dar. Die ausländischen Investoren in der Kronkolonie bleiben überwiegend gelassen. Sie rechnen offensichtlich drohende Nachteile für die Entwicklung des Standorts Hongkong gegen wachsende Chancen in China, jedenfalls den südlichen Provinzen, auf. Bestärkt werden sie durch die Tatsache, daß China schon in der Vergangenheit den Börsen- und Handelsplatz Hongkong freier genutzt hat als die eigenen Plätze. In Hongkong selber wächst freilich die Sorge, daß die unberechenbare Partei- und Staatsführung in Beijing ihre Ziele auch gegen alle wirtschaftliche Vernunft durchsetzen könnte, die Art der Eingliederung Tibets (wenn auch nicht ganz vergleichbar) verheißt jedenfalls nichts Gutes.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 5/96.

Arbeitsmarkt

Macht und Ohnmacht

Arbeitnehmer können sich das Land, in dem sie ihre Arbeitsleistung anbieten, im allgemeinen nicht aussuchen. Sie sitzen in einem Kessel, und der Druck im Kessel steigt. Viele Argumente im Tarifstreit sind für sich verständlich – auch dann, wenn sie einander widersprechen.

Die Arbeitgeber wünschen sich niedrige Abschlüsse, denn Löhne sind Kosten, die Gewerkschaften wünschen hohe Abschlüsse, denn Löhne sind Einkommen, das ist nicht neu. Beide

wollen auf ihre Weise auch zur Beschäftigungssicherung beitragen – die aber hängt ganz überwiegend von Faktoren ab, auf die beide Tarifparteien keinen ausreichend großen Einfluß besitzen. Staat und Kirchen hoffen auf hohe Steuern und Sozialabgaben, die Bundesbank sorgt sich um das gesamte finanzielle Subsystem der Volkswirtschaft, eingebettet in EU und Weltwirtschaft. Die Tarifrunde wird zeigen, wieviel Druck im Kessel herrscht. Manometer erzeugen keinen Druck.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 6/97.

Südostasien

Erde, Wasser, Feuer, Luft

Erst wurden die »jungen Tiger« gefeiert, »das Jahrhundert Asiens« ausgerufen, dann Feuersturm, Luftverpestung und »El Niño« beklagt, schließlich »Baht-Krise« und »Börsen-Crash« konstatiert: die Schlagworte einer schnellebigen Welt bezeichnen Richtiges und entwerfen trotzdem falsche Bilder von einem Weltteil, der bei ruhiger Betrachtung durchaus erkennbare Chancen hat, im nächsten Jahrhundert zu einem Zentrum der Weltwirtschaft aufzusteigen.

Der ASEAN-Verbund stellt eine betont lockere Klammer dar, die gar nicht verdecken soll, daß sowohl große nationale als auch regionale Entwicklungsunterschiede bestehen. Neben dem Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen gibt es des-

halb auch Bestrebungen, unterentwickelte Regionen – ländereübergreifend – gezielt voranzubringen.

Das größte Vorhaben besteht in der gemeinsamen Förderung der sogenannten East Asian Growth Area (EAGA) durch Indonesien, Malaysia und die Philippinen. Sie umfaßt die Insel Mindanao (Philippinen), die Provinzen Sarawak und Sabha (in Nordwest-Borneo, Malaysia), die Provinzen Kalimantan (der indonesische Teil Borneos) und Irian Jaya (der westliche Teil Neuguineas), die Insel Sulawesi (Celebes) sowie die Inselgruppen in der Banda-See.

Mindanao mit der Stadt Davao (deren Flughafen ausgebaut wurde und den Export frischer Nahrungsmittel nach Japan und Taiwan ermöglicht) ist am weitesten vorangebracht worden. Der malaysische Teil setzt auf Industrie- und Tourismusprojekte, zu deren Unterstützung ein riesiger Staudamm gebaut wurde. Das indonesische Teilvorhaben ist am schwierigsten, denn es umfaßt mehrere tausend Inseln, deren angestrebte gemeinsame Infrastruktur durch die Weite der Wasserwelt nur in einem langen Prozeß geschaffen werden kann.

Die hausgemachten Katastrophen, ausgehend von Brandrodungen in Indonesien, die außer Kontrolle gerieten und deren Folgen («Smog» genannt) seither die ganze Region schädigen, bringen natürlich Rückschläge. Die ungern zur Schau gestellte Betroffenheit darüber wurde deutlich, als Malaysia, das ja auf Tourismus setzt, im November verboten hat, weiterhin über Schäden und andauernde Schädigungen zu berichten. Das ist

verständlich, hieß es doch zuletzt, ein Tag im Freien entspreche dem Konsum von 40 Zigaretten, aber selbstverständlich keine Lösung.

Unter der ASEAN-Decke schwelen die Grundkonflikte: auf der einen Seite der gemeinsame Gegensatz zur westlichen Welt, den USA, dem Kapitalismus – ein offenbar bloß ideologischer Gegensatz angesichts der eigenen kapitalistischen Praxis, und überhaupt der westlich geprägten Weltwirtschaft mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe als wichtigsten Finanzinstitutionen, auf der anderen Seite der – allerdings bröckelnde – gemeinsame Gegensatz zur aufstrebenden Weltmacht China. Der Vorschlag Japans, neben dem Internationalen Währungsfonds einen Asiatischen Währungsfonds (mit beiläufig 100 Mrd. \$ Kapital) zu schaffen, wurde jedenfalls von den ASEAN-Wirtschaftsministern dankbar aufgegriffen und vom IWF heftig kritisiert, denn es wird befürchtet, daß die strengen Auflagen, die mit jeder Hilfeleistung verbunden werden, gelockert würden.

Der wirtschaftliche Höhenflug der Tiger-Staaten ist offenbar vorerst gestoppt, aber so oder ähnlich pflegen alle Boom-Phasen überall zu enden. Die Erde hat sie wieder. Am Ende sind sie nicht, im Gegenteil.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 6/97.

OECD will MAI

Multilateraler Investitionsschutz

Nach GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und GATS (General Agreement on Trade in Services, Allgemeines Dienstleistungsabkommen) ist es an der Zeit für MAI, das Multilateral Agreement on Investment (Allgemeines Investitionsschutzabkommen).

Die OECD konzipierte das Abkommen ausdrücklich für alle interessierten Staaten, nicht nur für ihre Mitglieder. Gegenstand der Vereinbarung ist der Schutz ausländischer Direktinvestitionen (FDI genannt: Foreign Direct Investment), die als Motor der weltwirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden. Zwei Zahlen lassen den Wert eines solchen Abkommens erahnen: Das Volumen der FDI beträgt zur Zeit über 350 Mrd. \$ jährlich (mit steigender Tendenz), und es gibt etwa 1630 bilaterale Investitionsschutzabkommen.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 1/98.

OECD-Vorhersage

Was wird 1998 und 1999?

Im Dezember veröffentlichte die OECD ihre Zwei-Jahre-Vorhersage. Eine einheitliche Tendenz ist darin nicht erkennbar. In der folgenden Übersicht werden die Jahre 1997, 1998 und 1999 verglichen: Die Inlandsnachfrage aller 29 OECD-Staaten wächst real um 2,8 / 3,0 / 2,6%, die deutsche allein um 1,3 / 2,3 / 2,4%. Das

reale Brutton sozialprodukt wächst weniger stark: um 3,0 / 2,9 / 2,6% (OECD) und um 2,4 / 3,0 / 2,9% in Deutschland. Die Inflationsrate beträgt 3,8 / 3,4 / 3,3% (OECD), 0,9 / 1,2 / 1,5% in Deutschland. Die Arbeitslosenquote fällt auf 7,3 / 7,0 / 6,9% (OECD), in Deutschland beträgt sie 11,4 / 11,4 / 10,9%.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 1/98.

USA

Foreign trade subzones

Das amerikanische Zollrecht kennt außer den *foreign trade zones*, die meistens in der Nähe von Häfen und Flughäfen liegen und allen Importeuren offenstehen, sogenannte *foreign trade subzones*, die an beliebigen Orten genehmigt werden können – insbesondere an Produktionsstandorten für die Weiterverarbeitung von Vorprodukten oder Zulieferteilen. Diese Subzonen müssen abgegrenzt und gesichert werden und unterliegen einer Reihe von besonderen Auflagen, bieten dafür aber vielfältige Vorteile, die zu nutzen, lohnend sein kann. Vor der Antragstellung wird eine Durchführbarkeitsstudie empfohlen, um Kosten und Nutzen gründlich abwägen zu können.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 1/98.

OECD

Abkommen gegen Korruption

Bestechung und die damit erzielte Begünstigung verfälschen den Wettbewerb. Anhänger der Marktwirtschaft müßten eigentlich geschlossen gegen Korruption, gegen Schmiergeldzahlungen und natürlich auch gegen die steuerliche Anerkennung solcher Zahlungen sein. Trotzdem hat es lange gedauert, bis die Konvention unterschrieben werden konnte. Erfreulich ist, daß alle 29 OECD-Mitglieder dabei sind, dazu noch Argentinien, Brasilien, Chile, Bulgarien und die Slowakei. Weniger erfreulich ist, daß die Konvention ausschließlich gegen die Bestechung im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen gerichtet ist. Weder Schmiergeldzahlungen an Parlamentarier noch solche an Private sind von ihr betroffen. In Deutschland bleibt vorläufig jede Zahlung steuerlich absetzbar, die nicht gegen Gesetze verstößt. Das Abkommen soll spätestens 1998 in Kraft treten, die Bestimmungen müssen zuvor in nationales Recht der Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Entwicklungshilfe

Der Abstand wächst

Die UNO revidierte vor rund 30 Jahren die Zielvorstellung für die öffentliche Entwicklungshilfe nach unten: auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts. Die OECD-Länder sind im Durchschnitt auf dem

historischen Tiefstand von 0,25% des BIP angelangt (zusammen 55 Mrd. \$, Deutschland allein: 7,6 Mrd. \$, entsprechend 0,33% des deutschen BIP). Nur Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande übertreffen die Marke. Zwar nehmen private Transfers parallel zu den staatlichen zu (zusammen rund 234 Mrd. \$), aber diese Mittel gelangen vorzugsweise in die sogenannten Schwellenländer (»emerging economies«) Südostasiens und Osteuropas. Größte Empfängerländer sind: Polen, Rußland und China. Die ärmsten Länder leiden unter dem Abbau der Hilfeleistungen.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Jahreswirtschaftsbericht

Arbeitsplätze schaffen!

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung unterbricht die Routine. Erstens beruht der späte Termin auf dem Wunsch der EU-Fachminister, nationale Berichte möglichst kurz vor dem Termin, an dem über die EWU-Teilnahme entschieden wird, vorgelegt zu bekommen. Zweitens wird im Herbst ein neuer Bundestag gewählt. Das sind schlechte Zeiten für realistische Einschätzungen der Lage durch Politiker.

Gleichwohl sind die Grundannahmen für das laufende Jahr so bescheiden, daß sie allgemein als erfüllbar angesehen werden: ein Wachstum von 2,5 bis 3% und ein Abbau der Arbeitslosigkeit um 200.000 im Jahresmittel. Die politischen Weichenstellungen in

einer durch strukturelle Fehlentwicklungen geprägten Wirtschaftslage müssen über die kurze Frist hinaus Bestand haben. Strohfeuer schaffen kein Vertrauen.

Die Ziele also sind durchaus konsensfähig und haben dem Bericht den Titel gegeben: Den Aufschwung voranbringen – Arbeitsplätze schaffen. Der Weg dorthin ist nicht nur schwer zu gehen, er ist auch parteipolitisch umstritten. Die Not ist groß, die gewollten Zwänge der EWU engen den Spielraum der Möglichkeiten zusätzlich ein. Der Rest (so wird befürchtet) ist – Geschrei.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Postmonopole

Keine Quersubventionen

Monopole sind den Wettbewerbshütern in der EU verständlicherweise ein Dorn im Auge. Wo sie Monopole nicht gleich und nicht völlig zum Verschwinden bringen können, wollen sie wenigstens regulierend eingreifen, um Mißbrauchsmöglichkeiten einzudämmen. Die historisch gewachsenen und nicht von heute auf morgen aufhebbaren Monopole der ehemals staatlichen Postverwaltungen gehören dazu.

Bis mindestens zum Jahr 2003 dürfen der Post in den Mitgliedstaaten Monopole eingeräumt bleiben, die im Zusammenhang mit der Grundversorgung der Bevölkerung stehen. Monopole bieten die Möglichkeit, Monopolgewinne zu erzielen. Monopolgewinne können dazu benutzt werden, Dienstleistungen, die dem

Wettbewerb ausgesetzt sind, zu verbilligen (Mischkalkulation), um so die private Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Solche betriebsinternen Quersubventionen sind seit Anfang Dezember grundsätzlich verboten. Diese mit deutlicher Verspätung und langen Übergangsfristen getroffene Vereinbarung gilt alles in allem als Sieg der Bremsler unter den Mitgliedsländern.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Binnenmarkt

Schlankmacher »SLIM«

Die Vereinheitlichung von Rechtsvorschriften ist wesentlicher Bestandteil eines einheitlichen Binnenmarktes. Die Anstrengungen dazu werden unter dem Projektnamen »SLIM« zusammengefaßt. Die Fortschritte sind bescheiden. Aktuell in der Diskussion sind die Anerkennung von Befähigungsnachweisen (wodurch die immer wieder geforderte Mobilität von Arbeitnehmern im gesamten Binnenmarkt gefördert würde) und die Vereinheitlichung der Nomenklaturen für das europäische Handelsstatistiksystem Intrastat mit denjenigen für die jeweiligen nationalen Außenhandelsstatistiken. Für die Zukunft geplant ist unter anderem die Vereinheitlichung der Steuersysteme, doch das bleibt wohl noch lange ein »Ziel, aufs innigste zu wünschen«.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Außenbeziehungen

Druschba, Friendship, Amistad

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und *Rußland* trat am 1. Dezember 1997 in Kraft. Inzwischen hat der erste Kooperationsrat stattgefunden, den die Teilnehmer als Meilenstein auf dem Weg zu einer Annäherung bezeichnet haben. Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll auch die politische Abstimmung verbessert werden, zum Beispiel in der Balkanpolitik. Rußland sieht die EU als einen »mächtigen Integrationsorganismus« an.

In Kraft getreten ist das wissenschaftlich-technische Abkommen der EU mit *Südafrika*. Dadurch steht es südafrikanischen Interessenten ab sofort offen, an allen nichtnuklearen Projekten des Vierten Rahmenprogramms teilzunehmen.

Der Neue Transatlantische Marktplatz NTM, das Projekt einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen der EU und den *USA*, wird weiter diskutiert. Außer Vorbehalten auf beiden Seiten des Atlantiks bestehen auch unterschiedliche Auffassungen im Kreis der EU-Mitgliedstaaten. Dieses Projekt soll zugleich ein Modell für die Millenniumsrunde abgeben, die für die Jahrtausendwende von der Welthandelskonferenz WTO geplant ist.

Die EU hat mit *Mexiko* das lange angestrebte Rahmenabkommen über engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit abgeschlossen. Auf dessen Grundlage sollen weitere Abkommen geschlossen werden: vor allem über gegenseitige Handelsliberali-

sierung (den Warenhandel, den Dienstleistungs- und Kapitalverkehr betreffend sowie den Schutz geistigen Eigentums) und über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Mexiko ist wichtig für den Zugang zur gesamten NAFTA-Zone (Kanada, USA, Mexiko).

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 2/98.

Hongkong

1 Jahr chinesisch

Vor einem Jahr richteten sich die sorgenvollen Blicke, was die Zukunft des Finanzplatzes Hongkong mit seiner geballten Wirtschaftskraft angeht, auf die »kommunistische Gefahr«, das Mutterland. Die Sorgen sind weitgehend zerstreut angesichts der »kapitalistischen Gefahr«, in den Strudel der Asien-Krise zu geraten. Die jüngsten Wirtschaftsdaten wollen jedenfalls so gar nicht zu dem pompösen neuen Flughafen passen.

Im Kern ist die Wirtschaft gesund (der Zusammenbruch der Immobilienspekulation kann kaum als Krankheit angesehen werden). Im Zuge der Asien-Euphorie (vor der Krise) war viel warme Luft in den Finanzmärkten, die danach sehr schnell und deutlich spürbar entwich. Da Hongkong die Börse den Kräften des Marktes überläßt und seine Währung an den US-Dollar gebunden hat, zeigen die aktuellen Daten auf der einen Seite die Gewalt der Stürme, die über Asien hinwegfegen, auf der andern Seite die Kraft der Sonderverwaltungszone, ihnen standzuhalten,

insbesondere sich der Gefahr, Opfer internationaler Währungsspekulationen zu werden, wirkungsvoll zu entziehen. Diese feste Position dürfte allerdings angesichts der lähmenden Zinsexplosion nicht mehr lange durchzuhalten sein.

Dennoch leidet die Stadt unter Unternehmenszusammenbrüchen, Immobilienentwertung und Kapitalflucht. Man schätzt, daß man ein bis zwei Jahre brauchen werde, um Anschluß an die Entwicklung vor der Krise zu finden. Dem ersten Konjunkturprogramm zur Jahresmitte dürften deshalb weitere folgen. Auch weitere strukturelle Anpassungen werden nötig sein. Die mittelfristigen Aussichten sind jedoch insgesamt als günstig einzuschätzen, vorausgesetzt, die kommunistische Gefahr macht sich nicht doch noch bemerkbar.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 4/98.

Ostsee-Anrainer

Eine Region formiert sich

Gut, daß in Europa alte Feindschaften begraben und alte Freundschaften zu neuem Leben erweckt werden. Die Ostsee-Anrainer haben in den vergangenen Jahren eine Gemeinschaft wiederbelebt, die einst mit viel Erfolg in diesem Raum (und darüber hinaus) tätig war: die Hanse, ein am Handel orientiertes Städte-Bündnis. Die wechselvolle Geschichte hat dazu geführt, daß die einzelnen Länder in ihren Entwicklungen weit auseinander gedriftet sind. Nicht zuletzt aus diesem Grund unterstützt die EU

mit einer Reihe von Phare-Programmen das einträchtige Zusammenwachsen rund um das Mare Balticum.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 4/98.

Schattenhaushalte

Integration angekündigt

Während Unternehmen ihre Finanzen in vorgeschriebener Weise ordnen und offenlegen müssen, mindestens nach HGB bilanzieren, von Fall zu Fall aber auch zusätzlich nach internationalen Regelwerken (US-GAAP oder IAS), leistet sich der Staat etliche teils hergebrachte, teils neue Sonderbarkeiten in seinem Finanzgebaren.

Schattenhaushalte verstoßen gegen den Haushaltsgrundsatz der Einheit. Da Schattenhaushalte in der Regel negative Salden aufweisen, helfen sie, den wahren Schuldenstand zu verschleiern. Die Schattenhaushalte des Bundes sollen nun als solche aufgelöst und in den Bundeshaushalt übernommen werden. Die EU berücksichtigt sie ohnehin bei der Prüfung, ob die Maastricht-Kriterien eingehalten werden.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 1/1999.

EWU

11 + x

Die EWU-Mitglieder werden das Europa der Elf genannt. Mit im Euro-Boot sitzen einige Kleinstaaten, die mit leichter Hand einge-

laden wurden, sich als Quasi-Mitglieder ohne Stimme zu fühlen. Der Vatikan und San Marino haben die Lira, Monaco den Französischen Franc verloren und dürfen den Euro einführen, am europäischen Zahlungsverkehr teilnehmen, aber keine eigenen Zahlungsmittel in Umlauf bringen.

Für die frankophonen afrikanischen Staaten, deren CFA-Franc an den Französischen Franc gebunden war, ist eine entsprechende Regelung nicht getroffen worden. Vom Gewicht her sind sie allerdings auch nicht vergleichbar. Mit einer Zwergstaatenklausel ist keiner der beiden Seiten gedient.

Geschrieben für den Außenwirtschaftsbrief 1/1999.